

Inhalt:

Seite 1 – 4

„Der Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes soll endlich respektiert werden“. Interview mit Mbolu Movuh Yufanyi

Seite 4 – 5

„Selbstorganisation ist sehr wichtig“. Interview mit Anna Schmitt, Natalia Janovitsch und Peko Bakic von Aramo Foro e. V.

Seite 6 -7

Die Härtefallkommission. Von Emily Kuck

Seite 8:

Presseinformationen, Aufrufe und Termine

Die in **Leben nach Migration** wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

Kein Wir ohne Uns

Themenschwerpunkt: Flucht

Am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag wurde vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt, ob mit einem Betrag von 224 Euro das Existenzminimum eines Menschen gesichert ist. Diesen Betrag erhalten seit 1993 Asylbewerber_innen in Deutschland. Das Gericht urteilte, dass die Leistungen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben verstoßen.

Im Thema Flucht steckt viel Brisanz. Es geht um heutige weltweite Ungleichheiten in einer globalisierten Welt und deren historische Entstehung. Es geht um Verantwortlichkeiten. Es geht um Grundrechte, die je nach Staatsbürgerschaft gegeben oder verwehrt werden.

Die Stimmen derer, die davon betroffen sind, finden selten Gehör in der Öffentlichkeit. Dies heißt nicht, dass sie nicht da sind. So gibt es aktuell deutschlandweit Protestaktionen von Geflüchteten, die lautstark für ihre Rechte kämpfen. Ihre Perspektiven sind es, die einen ganzheitlichen Blick ermöglichen und Zusammenhänge zwischen Herkunftsgesellschaft und Zielgesellschaft sichtbar machen.

Anlässlich des Weltflüchtlingstages sprachen wir mit zwei Selbstorganisationen, The VOICE Refugee Forum und Aramo Foro e.V., über ihre Sichtweisen, Herausforderungen und Kämpfe. Die Interviews fanden vor der Urteilsverkündung statt. **sb**

„Der Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes soll endlich respektiert werden“

Interview mit Mbolu Movuh Yufanyi

Welche Politik zeichnet euch als Selbstorganisation aus?

Uns geht es darum Flüchtlinge zu motivieren und zu mobilisieren für ihre Rechte zu kämpfen. Darüber hinaus versuchen wir innerhalb der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen eine Verbindung zwischen Situationen und Problematiken in unseren Heimatländern und den Ländern in denen wir Asyl suchen herzustellen, wie unser Slogan verdeutlicht: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. Es geht uns also nicht nur um Flucht und Schutz, sondern es geht uns um eine Systemänderung.

Eine eurer wichtigsten Kampagnen, ist die gegen die Residenzpflicht. Wie ist diese entstanden?

1999 haben wir sehr viel mobilisiert für ei-

nen Kongress. Immer wieder bekamen wir zu hören „Ja wir wären gerne gekommen, aber es ging nicht wegen der Residenzpflicht“. Uns wurde klar, dass wir Flüchtlinge nur mobilisieren können, wenn wir gegen die Residenzpflicht kämpfen. Während und nach dem Kongress riefen wir zum zivilen Ungehorsam auf. Das war der Anfang der politischen Kampagne gegen die Residenzpflicht. Flüchtlinge sollten die Residenzpflicht nicht mehr respektieren, keine Anträge stellen und auch kein Strafgeld bezahlen. Wir wollten andere motivieren zu erkennen, dass die Angst vor der Behörde oder vor der Polizei sie nicht weiter bringt. Dass sie ihre Rechte nicht auf einem goldenen Tablett serviert bekommen, sondern darum kämpfen müssen.

Was ratet ihr Geflüchteten in Deutschland?



Mbolu Movuh Yufanyi ist seit 1999 aktiv bei The VOICE. Er war selbst Flüchtling und lebte im Lager Jena Forst (Auf dem Forst 1). Dieses wurde inzwischen nach langen Protesten geschlossen.

Für mehr Infos zu The VOICE siehe:
<http://www.karawane-festi-val.org/de/hintergrund/>
<http://thevoiceforum.org/about>

Wir glauben nicht an das deutsche Asylrecht. Wir reden über Grundrechte, die uns allen zustehen. Ich sage den Menschen, es gibt diese Rechte und du kannst dafür kämpfen. Um dafür zu kämpfen musst du mit vielen anderen Menschen vernetzt sein. Ich selbst bin ein gutes Beispiel: Bis zur Promotion habe ich es nicht geschafft, weil ich rassistische Gesetze in Deutschland respektiert habe. Ich hab dagegen gekämpft. Sie sollen wissen, dass sie alles sein können, was sie wollen, wenn sie die Gesetze, die sie davon abhalten bekämpfen, seien es Arbeits- und Bildungsverbote oder die Residenzpflicht. Fast alle langjährigen Aktivist_innen von The VOICE, haben ihr eigenes Leben, weil sie gekämpft haben.

Haben die meisten Asylbewerber_innen zunächst Vertrauen in das deutsche Asylrecht?

Ja. Die meisten glauben die Propaganda europäischer Länder. Ich sage den Leuten, dass alles was sie uns erzählen Quatsch ist. Ich denke aber nicht, dass sie nicht kommen sollen, sondern alle sollen kommen. Sie sollen genau die Erfahrungen machen, die ich und die meisten von uns hier gemacht haben. Als ich kam war ich auch *brainwashed*.

Was hat The VOICE bisher erreicht?

Aktuell gibt es in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und an vielen anderen Orten in Deutschland Unruhen von Flüchtlingen. Sie trauen sich. Vor 10 Jahren war das nicht so. Es gibt viele Initiativen, welche die The VOICE-Politik vertreten. Wir haben viel mehr Kontakte zu unseren Heimatländern als früher. Wir haben ein Netzwerk von Anwält_innen und von Menschen, die sich mit uns solidarisieren. Die Oury Jalloh-Kampagne und die Residenzpflicht-Kampagne sind sichtbar. Diese Erfolge haben wir nicht der Großzügigkeit des Staates zu verdanken, sondern unserem Kampf. Was wir noch nicht erreicht haben, ist das System zu ändern. Aber dazu kommen wir noch!

Arbeitet ihr mit deutschen Gruppen zusammen?

Anfangs haben wir viel mit linken Deutschen gearbeitet. Irgendwann haben wir gesagt,

dass wir eine Selbstorganisation wollen. Die Residenzpflicht-Kampagne ist ein gutes Beispiel unserer Selbstorganisation. Als wir uns dafür entschieden die Gesetze zu brechen, waren einige linke Aktivist_innen nicht dafür. Sie meinten einige Flüchtlinge würden das nicht mitmachen, und sie wollten nicht, dass wir andere Flüchtlinge in Gefahr bringen. Eigentlich ging es um Dominanzverhältnisse. Die deutsche Linke ist dominant, Weiße allgemein sind dominant. Dies mussten wir immer wieder erfahren. Als wir angefangen haben unsere Politik selbst zu organisieren, da fingen die Konflikte an. Über Jahre gab es keine richtige Zusammenarbeit. Jetzt wird es wieder besser. Die letzte erfolgreiche Zusammenkunft war 2010, als wir in Thüringen ein KARAWANE-Festival gemacht haben. Da merkten wir, dass viele linke Gruppen anfangen unsere Politik zu akzeptieren.

Kannst du die Konflikte genauer beschreiben?

Berlin ist ein gutes Beispiel. In ganz Deutschland gibt zurzeit Aufruhr von Flüchtlingen, aber in Berlin und Brandenburg bleibt es ruhig. Warum? Die Flüchtlinge hier folgen fast alle der Politik der weißen Linken, die eine Politik der Diplomatie und Lobbyarbeit sowie des *divide et impera* ist. Als es um die Auflockerung der Residenzpflicht zwischen Brandenburg und Berlin ging, da haben wir gesagt es kann keinen Kompromiss für unsere Bewegungsfreiheit geben. In dem sie dennoch diese Kampagne gestartet haben, haben sie den Kampf der Flüchtlinge beiseite gelassen. Sie behaupteten der Kampf von The VOICE und Flüchtlingsaktivist_innen sei tot. Obwohl es Hunderte von Flüchtlingen gab, die gegen die Residenzpflicht kämpften, in dem sie sie missachteten. Nun, nach einer Analyse der Residenzpflichtsauflockerung, geben dieselben Leute zu, dass sich nicht viel geändert hat. Für diese Einsicht mussten wir einen hohen Preis zahlen. Die Konflikte haben sich jeden Tag in unserer Arbeit bemerkbar gemacht. Die meisten Deutschen machen nicht mehr mit, wenn sie nicht dominieren können. Das ist ein großes Problem, denn wir kämpfen nicht nur gegen den Staat sondern auch gegen die, mit denen

wir glauben gemeinsam zu kämpfen!

Was würdet ihr euch von linken NGOs wünschen?

Was linke Aktivist_innen machen können ist Flüchtlinge zu motivieren unserer Politik zu folgen. Einer Politik, die dafür steht, die eigenen Rechte einzufordern. Darin steckt Erfolg. Wenn sie ein Lager besuchen, und sagen sie können eine Reiseerlaubnis beantragen, Einladungsbriefe schreiben oder ähnliches, dann ist das kontraproduktiv. Wenn man anfängt Dinge für Leute zu tun, entpolitisiert du sie. Wenn beispielsweise jemand kommt und sagt ich bin von der Polizei kontrolliert worden als ich die Residenzpflicht gebrochen habe, dann sollen sie diesem Menschen sagen, dass sie hinter ihm oder ihr stehen, ihm oder ihr einen Anwalt suchen und The VOICE kontaktieren. Wir überlegen dann, ob eine konfrontative Richtung eingeschlagen werden kann.

Sind Geflüchtete generell radikaler in ihren Forderungen, weil es sie direkt betrifft?

Nicht alle. Neulich waren wir in einem Lager in der Nähe von Berlin, um für das *Break Isolation Camp* zu mobilisieren. Einige sagten, an diesem Tag bekommen wir unsere Gutscheine. Gutscheine sind genau dafür da, dass die Menschen im Heim bleiben. Bei einem Menschen, der nur an seine Gutscheine denkt, und nicht an die Politik des sich Rettens, habe ich wenig Motivation mit ihm oder ihr zu arbeiten.

Worum geht es bei *Break Isolation Camp*?

Der Name bezieht sich auf unseren Kampf gegen das Lagersystem, welches Teil der Isolation ist, in der Flüchtlinge leben. Es geht hauptsächlich um Solidarität im Kampf gegen koloniales Unrecht und die Angriffe auf unser Leben. Im Camp geht es auch um Selbstorganisation und um eine Evaluierung unserer bisherigen Arbeit. Es wird verschiedene Workshops auf dem Camp geben, vor allem zum Herstellen von eigenen Medien. Wie man mit einfachen Mitteln Filme machen kann, wie man einen Blog erstellt etc., Dinge, die

dann vor Ort umgesetzt werden können.

Denkst du, die Mehrheit der deutschen Gesellschaft weiß über die Situation von Geflüchteten bescheid?

Sissako, von *Women in Exile* sagt es im Film «Residenzpflicht». Anfangs dachte sie, die meisten Deutschen wissen nichts über die Situation der Flüchtlinge. Später wurde ihr klar, dass sie bescheid wissen, aber nichts dagegen tun wollen.

Wie erklärst du dir diese Einstellung?

Ich werde das mit einem Beispiel beantworten: Wenn ich auf der Straße laufe, sehe ich wie die Leute mich anschauen. Besonders dann wenn ich von der Polizei kontrolliert werde. Ich würde nicht von Hass reden. Aber sie haben Angst vor dem „Anderen“. Diese Angst kommt nicht nur von ihnen selbst, sondern von der Politik. Außerdem, warum sollten sie gegen ein System kämpfen, von dem sie profitieren? Das alles hat ganz klar mit Rassismus zu tun, gesellschaftlich und strukturell. Das betrifft auch uns selbst, denn Rassismus heißt nicht nur, dass du erniedrigend behandelt wirst, sondern auch, dass du dich minderwertig fühlst. Es gibt das rassistische Denken in uns drin, das dies zulässt. Darüber versuchen wir die Leute aufzuklären und uns selbst zu emanzipieren.

Wie werden eure Positionen in Medien dargestellt?

Linke Zeitungen sind teilweise auf unserer Seite, wenn wir nicht so radikal sind. Wenn wir große Aktionen haben, erscheint es in verschiedenen linken Zeitungen. Ein Beispiel, in welchem wir gegen die Medien und auch gegen linke Gruppierungen einen erfolgreichen Kampf geführt haben war der Mord an Oury Jalloh. Als wir 2005 mit unseren verschiedenen Initiativen anfangen, haben wir um den Begriff „Mord“ gekämpft. Sogar Mainstreammedien berichten jetzt über Oury Jalloh und ob es tatsächlich Mord war, mit einem Fragezeichen. Vor ein paar Jahren war das nicht der Fall. Generell wollen wir gemäß unserer Politik nicht von externen Medien abhängig sein, sondern unsere eigenen Medien haben. Deswegen haben wir eine Zei-

Einen sehr lesenswerten Artikel von Mbolo Movuh Yufanyi über die Notwendigkeit der Selbstorganisation finden Sie unter folgendem Link:

<http://thevoiceforum.org/node/1184>

tung, die von der KARAWANE herausgegeben wird, derzeit mit einer Auflage von 7500.

Welche konkreten Forderungen habt ihr?

Unser Hauptkampf derzeit, ist der Kampf um gleiche Rechte für alle in Deutschland und anderswo. Wir fordern die Abschaffung aller Ausländergesetze und wir sind gegen

jedliche Art von Abschiebungen. Der Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes soll endlich respektiert werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar egal welche Staatsangehörigkeit ein Mensch hat.

Wir danken für das Gespräch.

Das Gespräch führte Sabine Bretz



„Selbstorganisation ist sehr wichtig“

Interview mit Anna Schmitt, Natalia Janovitsch und Peko Bakic von Aramo Foro e. V.

Amaro Drom e.V ist ein Jugendverband von jungen Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, um aktive Bürger_innen zu werden.

Amaro Foro e.V. ist der Berliner Landesverband, der in der Jugendarbeit und der Sensibilisierungsarbeit gegen Antiziganismus aktiv ist. Zudem bietet der Verein ein Kindernachmittagsprogramm an und die Beratungsstelle für europäische Roma.

Anna Schmitt arbeitet seit 2010 weitgehend ehrenamtlich im Verein, insbesondere in der Beratungsstelle. **Natalia Janovitsch** aus der Republik Moldawien, 1979 als Asylbewerberin

Es gibt zwei Gruppen von Roma in Berlin, die von der Asylthematik betroffen sind, die Bürgerkriegsgeflüchteten von vor über 15 Jahren und eine neuere Gruppe vor allem aus Serbien und Bosnien die einen Asylantrag gestellt haben, seitdem die Visabeschränkungen weggefallen sind.

Anna Schmitt: Genau. Unsere Beratungsstelle ist eigentlich für Roma aus Rumänien und Bulgarien konzipiert. Durch ehrenamtliche Begleiter_innen, wie Peko und Natalia, die Sprachmittlung auf Romanes leisten kamen immer mehr Roma aus Serbien und Bosnien zur Beratung. Es gibt zum einen Roma aus Serbien und Bosnien, die sich hier drei Monate aufhalten und wieder zurückgehen, andere stellen nach ihrer Einreise einen Asylantrag. Leider können wir mit der derzeitigen Finanzierung keine ausführliche Asylverfahrensberatung leisten. Deswegen machen wir eine Vermittlungsberatung. Akute Sachen, oder kleinere Sachen können wir machen, aber wenn es komplizierter wird dann vermitteln wir weiter.

Wie viele Menschen suchen euch wegen einer Asylverfahrensberatung auf?

A. S.: Das schwankt sehr, wir hatten letztes Jahr sehr viele, dann wurde es weniger. In der letzten Zeit ist es konstant bei circa zwei Familien pro Woche.

Wie viele der aktuellen Asylanträge werden anerkannt?

A. S.: Wir hatten noch keinen Fall der anerkannt wurde.

Mit welcher Begründung?

A. S.: Die Ablehnungsbegründungen sind absurd. Da steht einerseits drin „Ja, wir wissen, dass die Leute vom Gesundheitssystem, Bildungssystem, Wohnungs- und Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind in Serbien, aber es besteht keine Gefahr für Leib und Leben“. Es sind immer die gleichen Textbausteine, manchmal gibt es noch einen Absatz, in dem der jeweiligen Familie unterstellt wird, dass ihre Geschichte nicht stimmt.

Sie werden also kriminalisiert?

A. S.: Ja, obwohl bekannt ist wie Roma in Serbien leben, dass es gerade mit der Wohnsituation große Probleme gibt. Dennoch werden sie mit dieser Begründung als 'offensichtlich unbegründet' abgelehnt. Die Verfahren laufen relativ schnell, ohne Anwalt ungefähr drei Monate. Wenn sie nicht zu irgendeiner Beratungsstelle finden, dann sind sie weg.

Was passiert dann?

Peko Bakic: Viele gehen alle drei Monate nach Hause, bleiben dort drei oder vier Monate und versuchen dann wieder zu kommen. Sie wollen hier sein, weil sie dort geschlagen und gefoltert werden. Die Zustände für Roma in Serbien und in einigen anderen Ländern sind eine Katastrophe.

A. S.: Es ist bekannt und von vielen Menschenrechtsorganisation belegt, dass gerade im Süden Serbiens - und viele hier in Berlin kommen von dort - die Situation katastrophal ist. Viele leben in Baracken, und sind im Winter vom Kältetod bedroht. Ein weiteres großes Problem ist die Gesundheitsversorgung. Wir hatten hier zum Beispiel jemanden mit einem Leistenbruch, der jahrelang nicht behandelt wurde, einfach weil die Ärzte unglaublich hohe Summen von Geld gefordert haben, das sie ihn überhaupt anschauen. Durch diese Verschleppung wurde es richtig schlimm. Das zeigt wie die Diskriminierungen, eben doch Gefahr für Leib und Leben sind.

Natalia Janovitsch: Außerdem gibt es keine Arbeit für Roma. Im Sommer können sie wenigstens auf die Felder gehen und Kirschen und Weintrauben sammeln für wenig Geld. Aber im Winter gibt es keine Arbeit.

Wie sieht eure Praxiserfahrung aus, wenn ihr Menschen zu den verschiedenen Stellen begleitet?

P. B.: Wir begleiten die Menschen zum Beispiel zu Ärzt_innen, um ein Attest für eine erlebte Misshandlung oder eine Krankheit zu bekommen. Es ist nicht leicht eine Misshandlung nachzuweisen. Wenn ich in Serbien geschlagen oder vergewaltigt wurde, wer soll das hier in Deutschland bezeugen? Es passiert immer wieder, dass beispielsweise Ärzt_innen uns nicht glauben. Mit der Begründung, alle Roma seien Lügner_innen.

Sind diese rassistischen Stereotype alltäglich für euch, wenn ihr Menschen zum Amt oder zu Ärzt_innen begleitet?

P. B.: Ja das ist immer der Fall.

Wie ist eure Erfahrung als Selbstorganisation hiermit?

A. S.: Zum Teil ist es schwer uns zu behaupten. Wir sind mit vielen Vorwürfen konfrontiert. Wir würden Geld nehmen, veruntreuen, Quatsch machen, zu jung und zu chaotisch sein. Es gibt Gerüchte, wir bekämen viel Geld, dabei machen wir diese Beratungsstelle mit 15 000 Euro im Jahr. Und dann soll die Arbeit größtenteils von Ehrenamtlichen ge-

leistet werden. Aber wer kann sich ehrenamtliches Engagement leisten? Wenn Roma sich selbst organisieren und beispielsweise wie Peko und Natalia andere Menschen ehrenamtlich unterstützen, wird ihnen nicht selten unterstellt, dass sie Geld dafür nehmen würden. Selbstorganisation ist sehr wichtig, aber das Bewusstsein dafür ist noch nicht überall angekommen. Es ist eine schreckliche Ironie: Die Menschen, die hier aus Serbien und Bosnien kommen, werden am laufenden Band abgelehnt. Keine Gründe der Diskriminierung gegenüber Roma aus Serbien und Bosnien werden anerkannt um ihnen Asyl zu gewähren oder ihnen irgendeinen Aufenthalt zu ermöglichen. Gleichzeitig werden Leute nach 15 – 20 Jahren zurück geschickt. Dennoch herrscht die öffentliche Meinung vor, die Roma haben es hier besser, dadurch, dass sie Roma sind. Die Leute denken, dass die Roma irgendwie Leistungen bekommen, dass sie weil sie zu einer Minderheit gehören, einen Flüchtlingsstatus erhalten, dabei ist das Gegenteil der Fall!

Was für Aktivitäten macht ihr im Bereich Empowerment und Vernetzung?

A. S.: Wir haben eine Jugendgruppe, die sich montags trifft. Wir machen Ausflüge und Workshops zu verschiedenen Themen. Es geht uns darum den Jugendlichen zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Dieser Austausch stärkt die Jugendlichen. Wir haben auch ein internationales Netzwerk, mit Organisationen aus acht verschiedenen Ländern. Dieses Netzwerk bauen wir weiter aus. Große strategische Schritte können wir derzeit leider nicht machen, weil die Koordinations-, Vernetzungs-, und Verwaltungsarbeit der Beratungsstelle ehrenamtlich läuft. Deshalb kommen wir strukturell nicht so weiter wie wir gerne würden, das betrifft auch die aktive Pressearbeit. Aber wir kämpfen natürlich weiter.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

Das Interview führte Sabine Bretz

nach Deutschland gekommen unterstützt ehrenamtlich Roma bei Begleitungen und Ämtergängen, Peko Bakic Rom aus Süd-Serbien unterstützt ebenfalls ehrenamtlich Roma und begleitet sie im Asylverfahren.

Amaro Drom e.V. plant für September eine Fahrt nach Leskovac, einer Gemeinde in Süd-Serbien, aus der einige Roma-Familien nach Berlin migriert sind.

Die Fahrt verbindet praktische Unterstützung (Sachspenden aus der Berliner Roma-Gemeinschaft) mit einem kurzen Dokumentarfilm über die Situation vor Ort.

Über Spenden für Kamera-Equipment und Benzinkosten würden wir uns freuen.

Spenden richten Sie bitte an:

Amaro Drom e.V.

Ktn: 12584590

BLZ:68050101

Sparkasse Freiburg

Nördl. Breisgau

Verwendungszweck:

Serbien-Fahrt

(bei Angabe der Adresse werden Spendenbescheinigungen ausgestellt)



Emily Kuck studiert Soziale Arbeit und arbeitet ehrenamtlich als Stellvertreterin von Thúy Nonnemann für die Härtefallkommission. Zuvor hat sie bereits ein fast einjähriges Praktikum in der Sozialberatung des MRBB abgeleistet.

Die Härtefallkommission

Von Emily Kuck

Einer breiteren Berliner Öffentlichkeit ist die Härtefallkommission (HFK) wohl leider nur im Sommer 2011 bekannt geworden, als ein bei ihr angemeldeter junger Mann straffällig wurde. In diesem Zusammenhang wurde sie unter anderem als Schutzinstanz für kriminelle Ausländer_innen bezeichnet. Besonders bei FDP und CDU geriet die Arbeit der Berliner HFK in die Kritik. Mit dem Sinn und Unsinn der HFK setzte sich innerhalb des medialen Diskurses, niemand fundiert auseinander. Was blieb, war ein bitterer Beigeschmack beim Klang dieses Wortes, Negativschlagzeilen in der Presse sowie wütende Anrufe von Bürger_innen beim Migrationsrat.

Die HFK ist regulärer Bestandteil des Aufenthaltsgesetzes. § 23a sieht die Möglichkeit vor, Aufenthaltserlaubnisse in Härtefällen durch die HFK zu erteilen. Dieses Gremium setzt sich in jedem Bundesland anders zusammen. In Berlin besteht die HFK aus Vertreter_innen des Jesuitenflüchtlingsdienstes, der evangelischen Kirche, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, des Flüchtlingsrates, der Liga der Wohlfahrtsverbände, des MRBB und Vertreter_innen des Integrationsbeauftragten von Berlin. Die Geschäftsstelle der HFK ist bei der Senatsverwaltung für Inneres, sie bearbeitet die zur Anmeldung kommenden Fälle auf und lädt einmal monatlich die Mitglieder zu einer nicht-öffentlichen Sitzung. Hier wird über die aufbereiteten Fälle beraten. Votieren mindestens zwei Drittel für ein Ersuchen an den Innensenator, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes zu erteilen, so wird der Fall weitergegeben. Der Innensenator entscheidet anschließend und nicht während der Sitzung, der er nicht beiwohnt, ob er das Ersuchen aufgreift oder nicht.

Rechtlichen Mittel gegen eine Entscheidung der HFK oder des Innensensors gibt es für die Betroffenen nicht. Wird ein Fall abgelehnt, dann gibt es lediglich noch den Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, welcher das Vorgehen der Ausländerbehörde allgemein überprüfen kann. Die

HFK-Verordnung von Berlin legt auch Ausschlussgründe für eine Anmeldung fest: Hierzu zählen schwere Straftaten (§§ 53 oder 54 Abs. 5, 5a und 6 AufenthG) oder Terrorismusverdacht (§ 5 Abs. 4 Satz 1 AufenthG). Ansonsten kann sich jede_r bei der HFK anmelden, der_die eine Grenzübertrittsbescheinigung, eine Ausweisung oder eine Einladungsabschiebung bekommen hat oder der_die geduldet oder illegalisiert in Berlin lebt sowie Menschen die in Abschiebehaft sind. Trifft vordergründig ein anderer, z. B. ein humanitärer Aufenthalt (nach § 25 Abs. 4 oder 5) zu, kann der Fall mit der Bitte um nochmalige Prüfung an die Ausländerbehörde zurückgegeben werden.

Die Anmeldung bei der HFK findet nach einem Beratungsgespräch in einer der oben genannten Beratungsstellen der Vertreter_innen statt. Der_die Beratende entscheidet, ob eine Eingabe an die HFK veranlasst wird. Eingereicht werden mit der Anmeldung allen Unterlagen, die das Ersuchen unterstützen können. Dazu gehören Arbeitsplatzangebote, Schulzeugnisse, Zertifikate und dergleichen. Entscheidet die Geschäftsstelle, dass der Antrag formal zulässig ist, wird der_dem Vertreter_in eine Eingangsbestätigung zugesandt und die Ausländerbehörde wird in Kenntnis gesetzt. Eine zwangsweise Ausweisung wird für den Verlauf des Verfahrens ausgeschlossen.

Laut einer Statistik der Flüchtlingsinfo Berlin haben sich in den Jahren 2005 - 2010 in Berlin 1419 „Fälle“ zur Beratung bei den Vertreter_innen der HFK gemeldet. Knapp 90 Prozent (1267) der Anmeldungen wurden an den Innensenator weitergegeben. Aufenthaltstitel gemäß § 23a wurden in etwa 60 Prozent (792) erteilt. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hören diese Zahlen niedrig an, jedoch liegt der maßgebliche Unterschied in der Quantität der Ersuche Ersuchen an den Innensenator, die gestellt werden. So fanden beispielsweise in Nordrhein-

Westfalen 2149 Härtefall-Beratungen statt, wovon nur für 523 ein Ersuchen gestellt wurde. Lediglich 385 Menschen bekamen einen Aufenthaltstitel nach § 23a. Hier zeigt sich wie unterschiedlich die Arbeit der HFK der jeweiligen Länder ist.

Auch in Berlin gibt es Kritikpunkte am Härtefallverfahren, trotz der vergleichsweise humanitären Ausrichtung. Für viele Betroffene stellt der Härtefallprozess eine enorme Belastung dar. Die Menschen müssen ihr ganzes Leben vor der Kommission ausbreiten, über jede Kante im Lebenslauf wird diskutiert. Teilweise müssen die Betroffenen bis zu einem Jahr warten, bis es zu einer Entscheidung über ihr Leben kommt. Eine Ablehnung ist oftmals für die Antragsteller_innen nicht nachvollziehbar. Diese muss nicht begründet werden, und sie ist auch nicht anfechtbar.

Bei der Beratung der Kommissionsmitglieder zeigt sich, dass Aspekte wie Lebensunterhaltssicherung, Schulbesuch und weitere „Integrationsbemühungen“ am meisten ins Gewicht fallen. Soziale Netzwerke, individuelle Verwurzelung und individuelle Lebenslagen andererseits können kaum als handfeste Argumente vorgebracht werden. Was wirklich zählt sind also die Papiere, wie auch bei allen anderen Behörden. Die HFK als eine humanitäre Einrichtung, sollte hier mehr Gewicht auf die menschlichen Aspekte legen.

Schafft der Mensch den Weg durch die Instanzen und bekommt einen Aufenthalt, so ist damit sein oder ihr Leben nicht unbedingt wesentlich leichter. Häufig wird die Erteilung des Aufenthalts mit Auflagen versehen. Werden diese nicht erfüllt, kann eine Verlängerung des Aufenthaltstitels versagt werden. Die Prüfung darüber findet nach einem bis drei Jahren statt. Schnitzer im Lebenslauf, die sich Menschen mit deutschem Pass leisten können, kommen für Menschen, deren Aufenthalt aus Härtefallgründen besteht, nicht in Frage. Bricht ein Kind in der Familie die Ausbildung ab, kann die ganze Familie in Schwierigkeiten kommen. Findet ein Mensch, der vorher zwangsweise zum Teil jahrzehntelang vom Arbeitsmarkt ferngehalten wurde keine Arbeit steht ebenfalls

der Aufenthalt in Frage. Die Bedingung der Lebensunterhaltssicherung führt häufig zur Vermittlung in den Niedriglohnsektor, nur um nachzuweisen, dass gearbeitet wird, ohne Rücksicht auf persönliche Interessen oder Fähigkeiten. Die Wertung und Beurteilung von Menschen anhand von Merkmalen wie Einkommen, Schulbesuch, „Integrationsbemühungen“ und ähnlichem ist entwürdigend, müssen sich Menschen mit deutschem Pass nie solche Gedanken in ihrem Leben machen und sich nicht immer und immer wieder beweisen.

Weiterhin bestehen beispielsweise keine Ansprüche auf Bafög, der „Aufstieg“ in einen anderen Aufenthalt gestaltet sich schwierig. Bei einem Regierungswechsel und einer Änderung im Amt des Innensensors, können plötzlich völlig andere Maßstäbe oder Kriterien für die Erteilung eines Aufenthaltstitels gegeben sein. Die Quote kann sich nach oben oder unten verändern, die Bearbeitungszeit verschieben - ohne, dass Rechenschaft verlangt werden kann. Dies ist ein sehr untransparentes Verfahren und räumt dem jeweiligen Innensenator eine große Machtposition ein, die an das Daumen-Hoch-Daumen-Runter-Prinzip von Gladiatorenkämpfen erinnert. Dies erschwert die Arbeit der Kommissionsmitglieder und macht es für Betroffene schwer nachvollziehbar, warum im Falle einer Ablehnung alle Bemühungen am Ende doch erfolglos bleiben. Würde es ein Einsehen für ein humanitäreres Bleiberecht für alle Menschen in Deutschland geben, dann bräuchte es solche Instrumentarien nicht und Menschen wäre die Chance gegeben, sich nach eigenem Belieben zu entfalten und zu verwurzeln. Dies ist das zu erstrebende Ziel. Gremien wie die HFK werden sogar mehr und mehr von der Ausländerbehörde genutzt, wenn sie (angeblich) in einem Fall nicht tätig werden kann. Solch eine Verfestigung darf nicht Eintreten, eine stetige aufenthaltsrechtliche bessere Positionierung von Migrant_innen und Flüchtlingen in Deutschland ist konsequent einzufordern. Auch wenn die Arbeit der HFK derzeit eine kleine Hoffnung für all jene darstellt, die durch andere rechtliche Raster fallen.

Quellen:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK_Laenderuebersicht.pdf
http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/HaertefallIVO_Berlin_261004.pdf
<http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20070524.1000.78405.html>
<http://www.berlin.de/labo/auslaender/>

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Necat Sunar,
Koray Yilmaz-Günay,
Angelina Weinbender (aw),
Sabine Bretz (sb),
Iris Rajanayagam

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Presseinformationen des MRBB im Juli

Schreiben an die Senator_innen Kolat und Henkel bzgl. der "Reichsbewegung"

Sehr geehrte Senatorin Kolat,
Sehr geehrter Senator Henkel,

im Namen des Bündnisses gegen Rassismus möchten wir Ihnen aufgrund der in den vergangenen Monaten versendeten Drohbriefe der „Reichsbewegung- Neue Gemeinschaft von Philosophen“ dieses Schreiben zukommen lassen.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/senator-innen>

Ein erster Schritt in die richtige Richtung

Berlin, 19.07.2012: Der Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V. (MRBB) begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Anpassung der Leistungsbezüge von Asylbewerber_innen.

„Wir fordern jedoch auch weiterhin, das Asylbewerberleistungsgesetz gänzlich abzuschaffen“ –so Sarah Abel, Vorstandsmitglied des MRBB heute. „Es ist unverständlich und diskriminierend, dass Asylbewerber_innen andere Bedarfe als Deutsche haben sollen. Eine Anpassung der Sätze an den Regelsatz des Existenzminimums ist längst überfällig gewesen!“

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/verfassungswidrig>

Termine: Bündnis gegen Rassismus

Termine und Ort werden auf der
Homepage des MRBB veröffentlicht
unter

<http://tinyurl.com/Buendnistermine>

Der MRBB unterstützt folgende Kampagnen und Aufrufe

Kampagne BILDUNG [S] LOS! von Ju- gendliche ohne Grenzen

Liebe Freundinnen und Freunde,
Sehr geehrte Damen und Herren,

im März 2012 haben wir, Jugendliche ohne Grenzen, mit unserer Kampagne **BILDUNG [S] LOS!**, mit der wir uns für Gleichberechtigung von Flüchtlingen beim Zugang zur Bildung und Arbeit einsetzen, gestartet. Unsere zentralen Forderungen sind ein Anspruch auf Sprachförderung für Alle von Anfang an, die Abschaffung der Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsverbote, sowie ein gleichberechtigter Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen wie BAB und BAföG.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/bildung-s-los>

Aufruf zur Beteiligung am Festival ge- gen Rassismus



17.-19. August 2012, Blücherplatz, Ber-
lin-Kreuzberg

Das Bündnis »Festival gegen Ras-
sismus« besteht aus Gruppen und
Einzelpersonen, die eine bundesweite
Gegenöffentlichkeit zu rassistischer
Diskriminierung und Ausgrenzung
herstellen möchten und sich für eine
gerechte Gesellschaft einsetzen.

Weiterlesen unter:

[http://tinyurl.com/gegenrassismusfesti-
val](http://tinyurl.com/gegenrassismusfesti-
val)